



## Michael Kröger - Stadtrat Bad Hönningen

1 Tg. · 🌐

Am 28.6.2023 war die Sitzung des Haupt- Bau- und Finanzausschusses (HBF). Während der Bekanntmachungen im öffentlichen Teil wurde uns vom Bürgermeister mitgeteilt, dass ein neuer Termin für die Beratung zu einer neuen WkB Satzung durch einen Anwalt gefunden wurde. Dieser Termin soll nun Anfang September 2023 sein. Also schlappe 5 Monate nachdem der ursprüngliche Termin kurzfristig wegen Krankheit des Anwalts abgesagt wurde. Es hat nach der Sitzung Ende März 2023 somit mehrere Monate gedauert bis in Absprache mit dem Anwalt ein Ersatz (!)-Termin gefunden wurde. Dies wurde auf die schlechte Erreichbarkeit des Anwalts geschoben.

Mal ein kurzer Abriss der zeitlichen Abfolge der Ereignisse :

Die Entscheidung, dass ein Anwalt hinzugezogen werden soll, wurde Anfang Mai 2022 getroffen. Der BM plante dann ein Treffen des Anwalts bei dem er, die Beigeordneten und Fraktionsvorsitzenden teilnehmen sollten. Bis Anfang November 2022 stand dieser nicht fest. (Es hat also auch da schon 6 Monate gedauert um zu einem Termin zu kommen).

Am 30. Nov. 2022 hat der Termin des Anwalts mit dem BM, den Beigeordneten und Fraktionsvorsitzenden dann stattgefunden. Ein offizielles Protokoll oder irgendein Schriftstück des Anwalt aus diesem Treffen gibt es nicht.

In der Stadtratssitzung am 18.1.2023 liest der BM einen "Sachstandsbericht WkB" vor. Das Dokument ist im RIS einsehbar und ursprünglich eine Antwort auf ein Schreiben der IG Transparenz an einzelne Ratsmitglieder (nicht den BM). Darin behauptet er unter anderem, dass sich der Stadtrat ständig mit dem Thema WkB beschäftigen würde. Das damit immer nur die Protokolleinträge meiner Nachfragen gemeint sind, hatten wir ja eigentlich schon geklärt (Meine Antwort auf diesen Bericht ist in vorherigen FB Beiträgen und in den Leserbriefen der RZ zu finden), hält aber trotzdem den BM und auch den Fraktionsvorsitzenden der SPD nicht davon ab das weiter zu behaupten. Dieser Sachstandsbericht geht nur am Rande auf das Treffen mit RA Gerlach ein und es gibt wieder keine schriftliche Stellungnahme von juristischer Seite. Sondern nach wie vor nur die Behauptungen des BM.

Die Idee des BM, dass wir als Bürger dann die anwaltliche Arbeit machen sollen und eine juristisch "rechtssichere" Begründung vorschlagen sollen, war ebenfalls Teil dieses Berichtes.

Natürlich haben die Bürger dafür eine Frist gesetzt bekommen. Der Aufruf zur Einreichung im Blick! wurde am 9. Februar 2023 veröffentlicht. Die Einreichungsfrist endete am 4. März 2023. Der Zeitraum in dem die Bürger reagieren mußten betrug also weniger als 4 Wochen. Sonst wird die Einreichung ignoriert. Leider setzen wir uns im Stadtrat bzw dem Bürgermeister nie Fristen. So ist dann vielleicht auch zu erklären, dass anscheinend über 5 Wochen nach dem ausgefallenen Termin im März 2023 noch kein konkretes Gespräch über einen neuen Termin stattgefunden hat. (Sowohl der Anwalt als auch der Bürgermeister haben ein Sekretariat und ich glaube die haben sogar Telefone und Emails....).

Die zeitliche Diskrepanz mit der bestimmte Vorhaben bei uns umgesetzt bzw vorangetrieben werden (wie z.B. die Rheinspange) und bei anderen alleine die Vereinbarung von Terminen 5-6 Monate dauern, ist schon bezeichnend.

Ich habe davon, dass der Termin erst im September 2023 stattfindet vor ca zwei Wochen erfahren. Und habe dann bereits per Email beim Bürgermeister nachgefragt, ob wir die Ausfertigung des Anwalts wenigstens schon vorab haben können. Also die SCHRIFTLICHE Bewertung des Anwalts der von den Bürgern SCHRIFTLICH eingereichten Begründungen. Punkt für Punkt. Die hätte schon Ende März vorliegen müssen, der Anwalt ist ja sehr

kurzfristig erkrankt. Auf meine Email habe ich

keine Antwort bekommen. In der Sitzung nachgefragt wurde mir mitgeteilt, dass es keine schriftliche Ausfertigung des Anwalts gibt... Auf meine Frage warum es die nicht gibt, wurde mir vom BM gesagt, dass das zuviel kosten würde. Die Fraktionsvorsitzenden und Beigeordneten sind dem BM beigesprungen und haben ebenfalls nochmal gesagt, dass das einfach zu teuer werden würde, der Anwalt kostet ja ganz schön viel und es soll ja eigentlich nur einen Fachvortrag geben und es wird mündlich auf Fragen der Bürger eingegangen. Wie dann durch den Anwalt auf die einzelnen eingereichten Begründungen der Bürger eingegangen würde, hat der Bürgermeister mir nicht beantwortet. Auf meine Frage wie denn genau der Auftrag des Rechtsanwaltes lautet, habe ich ebenfalls keine Antwort bekommen. Wir bezahlen also "viel"

Geld für etwas bei dem wir nicht genau festgelegt haben was die eigentliche Aufgabe ist. Da freut sich natürlich jeder Anwalt ;-). Einen Kostenvoranschlag oder eine Aussage wieviel es kosten würde die eingereichten Begründungen einzeln zu bearbeiten/ beantworten gab es auch nicht (dann hätte der Stadtrat ja darüber entscheiden können). Das wurde einfach so vom BM, den Beigeordneten und Fraktionsvorsitzenden entschieden. Ich habe darauf hingewiesen, dass diese Veranstaltung so auch wieder zu keiner Antwort führen wird. Denn so eine Veranstaltung hatten

wir bereits im Januar 2022 mit RA Dr. Thielmann vom Städte und Gemeindebund. Schon zu dieser Veranstaltung gab es keine Vorabinformationen zur Vorbereitung. Ich hatte seinerzeit einen Fragenkatalog eingereicht und darum gebeten, dass diese Fragen einzeln (!) beantwortet werden. Also Punkt für Punkt. So funktioniert das üblicherweise, übrigens auch vor Gericht. Einzelne Punkte werden einzeln beantwortet, SCHRIFTLICH. Was wir im Januar 2022 bekommen haben war ein allgemeiner Fachvortrag der sich grundsätzlich mit dem WkB und den Problemen in RLP befasst. Und anschließend wurde mündlich nochmal auf Fragen eingegangen, aber eine Antwort ob eine Satzungsänderung rechtssicher möglich ist oder nicht, gab es auch damals nicht. Zu dieser Veranstaltung waren übrigens nicht die Mitglieder der IG Transparenz und auch nicht das Stadtratsmitglied Dagmar Both eingeladen, also die Personen die für den Bürgerantrag zur Änderung der WkB Satzung gesorgt haben und damit das Thema überhaupt erst auf die Agenda gesetzt haben.

Aus dieser Erfahrung heraus habe ich für die aktuelle Veranstaltung mehrfach darauf hingewiesen, dass die Begründungen der Bürger und auch meine SCHRIFTLICH beantwortet werden müssen. Ich habe das auch im Anschreiben zu meinen Begründungen betont. Meine Begründungen habe ich (fristgerecht) am 3. März 2023 eingereicht. Das es diesmal wieder keine spezifische Beantwortung auf meine Ausführungen geben

wird , wurde mir nicht mitgeteilt. Das hätte ich dann zur Veranstaltung im März herausgefunden.

In Bezug auf die nun schon mehrere Jahre dauernde WkB Diskussion wird alles dafür getan, dass es keine schriftliche Aussage eines Juristen zu der eigentlichen Frage gibt.

Meine SCHRIFTLICHE Aufzählung der Begründungen für einen WkB Bereich ist 9 Seiten lang. Ich habe 5 Gründe erstellt, Gerichtsurteile dazu angefügt und bin darauf eingegangen was diese Urteile für die Einteilung in Bad Hönningen bedeuten. Ich habe diese Begründung so geschrieben wie Sie bei anderen Gemeinden als Anhang von deren Satzung zu finden ist. Meine Begründung ist detaillierter als die der aktuellen hönninger WkB Satzung (was nicht schwer ist, weil es nur einen nicht weiter erklärenden Verweis auf unser Urteil gibt, aber keine eigene Begründung). Diese Begründung zu schreiben wäre eigentlich die Aufgabe eines Juristen gewesen. Aber das wollen wir im Stadtrat ja partout nicht, obwohl alle immer beteuern , dass sie eigentlich für einen WkB-Bereich sind... Also habe ich die geschrieben. Und ich bin davon ausgegangen, dass diese Begründung, die mich einiges an Zeit gekostet hat, mit der entsprechenden Sorgfalt beantwortet wird. Jetzt im nachhinein diese Beantwortung zu versagen und weiterhin dafür zu sorgen, dass es keine schriftliche Stellungnahme eines Juristen gibt , legt nur erneut nahe, dass es sich bei dieser ganzen

Aktion doch wieder nur um eine Hinhalte- und Verzögerungstaktik handelt.

Ich freue mich schon total auf die Veranstaltung im September.

---

#wkb #igtransparenz

Die IGTransparenz hat ähnliche Forderungen an den Stadtbürgermeister gestellt und ähnliche Erfahrungen gemacht. Das Aussitzen wird nicht funktionieren. Wir machen weiter.

Der Rat ist von den Bürger:innen gewählt, um Politik für die Bürger:innen zu machen. Mit dieser Handlungsweise erfüllen sie ihren Auftrag nicht.